

WOLF D. SCHELBERT

Steuerberater

■ Gartenstraße 33½ ■ 97422 Schweinfurt ■
■ Telefon (0 97 21) 70490 ■ Telefax 28514 ■ www.schelbert.eu ■

Alle Steuerberater kommen in den Himmel, weil sie ihre Sünden bereits bei der Anwendung des komplizierten deutschen Steuerrechts auf Erden abgeübt haben!

Inhaltsverzeichnis der Ausgabe 03/2024:

Alle Steuerzahler

Private Veräußerungsgeschäfte im Zusammenhang mit Erbfällen und Selbstnutzung
Bonuszahlungen der gesetzlichen Krankenkassen: 150 EUR bleiben weiter „steuerfrei“
Doppelte Haushaltsführung: Mietzahlungen für Zweitwohnung durch den anderen Ehegatten dennoch abzugsfähig
Kinderbetreuungskosten getrennter Eltern: Das Bundesverfassungsgericht ist gefragt
Geschenke

Vermieter

Vorfälligkeitsentschädigung als Werbungskosten: Diese Spielregeln sind einzuhalten!

Kapitalanleger

Investmentfonds: Vorabpauschalen sind wieder relevant

Freiberufler und Gewerbetreibende

Meldepflichten digitaler Plattformbetreiber: Meldefrist bis 31.3.2024 verlängert

Gesellschafter und Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften

Jahresabschluss: Anhebung der Schwellenwerte für die Bestimmung der Größenklassen

Arbeitgeber

Überlassung von Fahrradzubehör kann steuerfrei sein
Lohnsteuerabzugsverfahren: Vorsorgepauschale an Beitragssätze angepasst
Geringfügigkeits-Richtlinien wurden aktualisiert

Abschließende Hinweise

Verzugszinsen
Steuern und Beiträge Sozialversicherung: Fälligkeitstermine in 03/2024

Steuerinformationen für März 2024

Immer wieder müssen die Gerichte über Sachverhalte entscheiden, die **private Veräußerungsgeschäfte** betreffen. Aktuell ist gleich auf vier Entscheidungen hinzuweisen: Zwei positive Urteile ergingen im Zusammenhang mit Erbfällen, in den beiden anderen Verfahren wurde von den Steuerpflichtigen eine Steuerfreiheit wegen Nutzung zu eigenen Wohnzwecken (leider erfolglos) geltend gemacht. Darüber hinaus ist in diesem Monat auf folgende Aspekte hinzuweisen:

- **Bonuszahlungen der gesetzlichen Krankenkasse für gesundheitsbewusstes Verhalten** mindern – bis zu 150 EUR pro versicherte Person – die Sonderausgaben nicht. Diese Vereinfachungsregelung hat die Finanzverwaltung nun bis Ende 2024 verlängert.
- Mit dem Plattformen-Steuertransparenzgesetz wurde Ende 2022 **eine Meldepflicht für Betreiber digitaler Plattformen** eingeführt. Grundsätzlich endete die Frist für die erstmalige Meldung bereits am 31.1.2024. Das Bundeszentralamt für Steuern hat nun aber mitgeteilt, dass es nicht beanstandet wird, wenn die Meldung bis zum 31.3.2024 erfolgt.
- Frohe Kunde gibt es für viele Kapitalgesellschaften. Denn **die monetären Schwellenwerte „Umsatzerlöse“ und „Bilanzsumme“ sollen erhöht werden**. Die Anhebung wird für die begünstigten Unternehmen mit einer Neueinstufung in eine niedrigere Größenklasse und mit weniger Berichtspflichten einhergehen. Die neuen Werte sollen bereits für den anstehenden Jahresabschluss 2023 genutzt werden können.

Diese und weitere interessante Informationen finden Sie in der Ausgabe für März 2024. Viel Spaß beim Lesen!

Alle Steuerzahler

Private Veräußerungsgeschäfte im Zusammenhang mit Erbfällen und Selbstnutzung

Ein **privates Veräußerungsgeschäft** (§ 23 Einkommensteuergesetz [EStG]) **liegt nicht vor**, wenn der **an einer Erbengemeinschaft Beteiligte** einen Erbanteil an der Erbmasse, zu der ein Grundstück gehört, hinzuerwirbt und **das Grundstück innerhalb von zehn Jahren mit Gewinn veräußert**. Diese positive Entscheidung hat der Bundesfinanzhof getroffen. Frohe Kunde kommt auch vom Finanzgericht Münster, wonach **der entgeltliche Verzicht auf ein Nießbrauchrecht** keine Veräußerung i. S. des § 23 EStG darstellt. Weniger erfreulich sind zwei Urteile des Bundesfinanzhofs, in denen es **um die Steuerbefreiung bei einer Selbstnutzung der Immobilie** ging.

Hintergrund: Private Veräußerungsgeschäfte **mit Grundstücken**, bei denen der **Zeitraum zwischen Anschaffung und Verkauf nicht mehr als zehn Jahre beträgt**, unterliegen der Besteuerung. Ausgenommen sind nach § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 3 EStG aber Wirtschaftsgüter, die

- im Zeitraum zwischen Anschaffung und Veräußerung **ausschließlich zu eigenen Wohnzwecken** oder
- im Jahr der Veräußerung und in den beiden vorangegangenen Jahren **zu eigenen Wohnzwecken** genutzt wurden.

Erwerb eines Anteils einer Erbengemeinschaft mit Grundstück

Dem Urteil des Bundesfinanzhofs lag folgende (vereinfachte) Thematik zugrunde:

Beispiel

Die Erbmasse der aus A und B bestehenden Erbengemeinschaft besteht aus einem vom Erblasser bis zu seinem Tod selbstgenutzten Grundstück. A erwirbt in 2020 den hälftigen Gemeinschaftsanteil von B für 250.000 EUR und veräußert das Grundstück in 2023 für 600.000 EUR. Fraglich ist nun, ob sich aus der Grundstücksveräußerung in Bezug auf den für 250.000 EUR erworbenen Erbanteil ein steuerpflichtiger Gewinn nach § 23 EStG ergibt.

Beachten Sie: Nach Ansicht des Bundesfinanzministeriums entsteht durch den Verkauf **ein nach § 23 EStG steuerpflichtiger Veräußerungsgewinn** – und auch das Finanzgericht München ging im Streitfall von einem steuerpflichtigen Vorgang aus. Gut, dass die Revision eingelegt wurde, denn **der Bundesfinanzhof hat § 23 EStG verneint**.

Auf den Punkt gebracht, bedeutet die neue Entscheidung Folgendes: Derjenige, der als Beteiligter einer Erbengemeinschaft **einen Erbanteil an einer Erbmasse erwirbt**, zu der auch ein Grundstück gehört, das er nachfolgend innerhalb von zehn Jahren veräußert, löst **keinen Vorgang nach § 23 EStG aus**. Soweit der Bundesfinanzhof in seinem Urteil vom 20.4.2004 **eine hiervon abweichende Auffassung** vertreten hat, hält er **hieran nicht länger fest**.

Beachten Sie: Es bleibt abzuwarten, wie **die Finanzverwaltung** auf die neue Entscheidung reagieren wird, und ob sie **ihre bisherige Auffassung ändert**.

Entgeltlicher Verzicht auf ein Nießbrauchrecht

Im Streitfall des Finanzgerichts Münster wurde der Steuerpflichtigen **in 2008 durch ein Vermächtnis ein Nießbrauchrecht** an einem Grundstück zugewendet. Im **Jahr 2012 überließ sie das Grund-**

stück an eine Kommanditgesellschaft, an der sie als Gesellschafterin beteiligt war. Die Mieteinnahmen stellten Sonderbetriebseinnahmen dar.

Nachdem sie **2018 aus der Kommanditgesellschaft ausgeschieden war**, überführte sie das Nießbrauchrecht mit **einem Wert von 0 EUR in ihr Privatvermögen** und erfasste die Mieteinnahmen fortan als Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung. Im **November 2019 verzichtete sie gegen eine Entschädigungszahlung auf ihr Nießbrauchrecht**.

Das Finanzamt vertrat nun die Ansicht, dass **die Ablösung des Nießbrauchs nach § 23 EStG zu besteuern sei**, da die Entnahme des Nießbrauchrechts aus dem Sonderbetriebsvermögen zu einer Anschaffung geführt habe. Somit sei **der entgeltliche Verzicht** innerhalb der – wegen der Nutzung als Einkunftsquelle nach § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 S. 4 EStG verlängerten – zehnjährigen Veräußerungsfrist erfolgt. Die Steuerpflichtige hielt dem entgegen, dass **das Nießbrauchrecht nicht veräußert**, sondern – als nicht übertragbares Recht – **nur abgelöst wurde**. Sie legte in der Folge Klage ein – und zwar erfolgreich.

Ein Nießbrauchrecht ist ein gegenüber dem Eigentum an der belasteten Sache **verselbstständigtes, dingliches Nutzungsrecht** und damit **ein (einlage- und entnahmefähiges) Wirtschaftsgut i. S. des § 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 EStG**. Somit hatte die Steuerpflichtige das Nießbrauchrecht in 2018 **durch Entnahme in das Privatvermögen übernommen**.

Das Nießbrauchrecht war **durch den entgeltlichen Verzicht in 2019 jedoch nicht veräußert worden**. Denn eine Veräußerung setzt nicht nur die Entgeltlichkeit des Übertragungsvorgangs voraus, sondern auch **einen Rechtsträgerwechsel** an dem veräußerten Wirtschaftsgut.

Merke: Der Verzicht auf ein Nießbrauchrecht führt somit nicht dazu, dass dieses Wirtschaftsgut an den Grundstückseigentümer (zurück) übertragen wird, sondern zu dessen Erlöschen. Insofern handelt es sich um die endgültige Aufgabe eines Vermögenswerts in seiner Substanz und damit um einen veräußerungsähnlichen Vorgang, der von § 23 EStG aber nicht erfasst wird.

Beachten Sie: Ob der entgeltliche Verzicht auf ein Nießbrauchrecht ein Veräußerungsvorgang oder **lediglich ein veräußerungsähnlicher Vorgang** ist, wurde vom Bundesfinanzhof im Kontext des § 23 EStG bisher noch nicht entschieden. Daher hat das Finanzgericht Münster **die Revision zugelassen**.

Keine Steuerbefreiung für Verkauf eines Gartengrundstücks

Im Streitfall erwarben die Steuerpflichtigen ein Grundstück mit einem alten Bauernhofgebäude. Das Gebäude bewohnten sie selbst. Das Gebäude war von einem **fast 4.000 qm großen Grundstück** umgeben. Dieses nutzten die Steuerpflichtigen als Garten.

Später **teilten sie das Grundstück in zwei Teilflächen**. Sie bewohnten weiterhin das Haus auf dem einen Teilstück. Den anderen – **unbebauten – Grundstücksteil veräußerten sie** innerhalb der zehnjährigen Veräußerungsfrist. Das Finanzamt sah hierin einen steuerpflichtigen Vorgang und besteuerte den Veräußerungsgewinn. Dagegen machten die Steuerpflichtigen **eine Befreiung von der Einkommensteuer wegen einer Nutzung zu eigenen Wohnzwecken** (§ 23 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 S. 3 EStG) geltend – jedoch zu Unrecht, wie der Bundesfinanzhof befand.

Er stellte klar, dass eine Ausnahme von der Besteuerung nur dann vorliegt, wenn die Immobilie vom Steuerpflichtigen bewohnt wird. Mangels eines auf dem Grundstück befindlichen Gebäudes **können unbebaute Grundstücke jedoch nicht bewohnt werden**, sodass der Befreiungstatbestand nicht greift. Dies gilt auch, wenn ein vorher als Garten genutzter Grundstücksteil abgetrennt und dann veräußert wird.

Merke: Mit der Teilung entstehen aus dem bis dahin einheitlichen Wirtschaftsgut Grund und Boden zwei neue Wirtschaftsgüter (Grundstücke), deren Nutzung zu eigenen Wohnzwecken jeweils getrennt zu betrachten ist.

Keine eigenen Wohnzwecke bei Nutzung durch (Schwieger-)Mutter

Ehegatten überließen eine ihnen gehörende Wohnung an die (Schwieger-)Mutter. Nach deren Tod verkauften sie die Wohnung innerhalb der Zehnjahresfrist und machten für den Veräußerungsgewinn **eine Steuerbefreiung wegen Selbstnutzung geltend**, da ihnen die Nutzung der Wohnung **durch die (Schwieger-)Mutter als Eigennutzung zuzurechnen sei**.

Auch in diesem Fall hat der Bundesfinanzhof zulasten der Steuerpflichtigen entschieden. Der Ausdruck „Nutzung zu eigenen Wohnzwecken“ setzt grundsätzlich voraus, dass die **Immobilie vom Steuerpflichtigen bewohnt wird**. Der Steuerpflichtige muss das Gebäude zumindest auch selbst nutzen; unschädlich ist, wenn er es **gemeinsam** mit seinen Familienangehörigen oder einem Dritten bewohnt.

Ein Gebäude wird zwar auch zu eigenen Wohnzwecken genutzt, wenn der Steuerpflichtige es **einem einkommensteuerlich zu berücksichtigenden Kind** unentgeltlich zu Wohnzwecken überlässt. Keine Nutzung zu eigenen Wohnzwecken liegt hingegen vor, wenn die Überlassung **nicht ausschließlich** an ein einkommensteuerlich zu berücksichtigendes Kind, **sondern zugleich an einen Dritten** (z. B. die Kindesmutter) erfolgt.

Beachten Sie: Der Bundesfinanzhof hat es abgelehnt, **die Wertung von § 4 S. 2 des Eigenheimzulagengesetzes**, wonach eine Nutzung zu eigenen Wohnzwecken auch vorliegt, soweit eine Wohnung **unentgeltlich an einen Angehörigen i. S. des § 15 der Abgabenordnung zu Wohnzwecken** überlassen wird, auf § 23 EStG zu übertragen.

Bonuszahlungen der gesetzlichen Krankenkassen: 150 EUR bleiben weiter „steuerfrei“

Die von einer **gesetzlichen Krankenkasse** auf Basis von § 65a Sozialgesetzbuch V gewährte Geldprämie (**Bonus**) für **gesundheitsbewusstes Verhalten** kann **eine die Sonderausgaben mindernde Beitragserstattung** darstellen. Hierzu hatte die Finanzverwaltung mit Schreiben vom 16.12.2021 **eine Vereinfachung** geschaffen: Bonusleistungen **bis zur Höhe von 150 EUR pro versicherte Person** stellen Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung dar **und mindern die Sonderausgaben nicht**. Diese Regelung wurde bis Ende 2023 befristet – und nun **für bis zum 31.12.2024 geleistete Zahlungen verlängert**.

Doppelte Haushaltsführung: Mietzahlungen für Zweitwohnung durch den anderen Ehegatten dennoch abzugsfähig

Nach Ansicht des Finanzgerichts Nürnberg sind die bei einer **doppelten Haushaltsführung** eines Ehegatten angefallenen Mietzahlungen für die Zweitwohnung, die durch **den anderen Ehegatten von dessen Konto geleistet wurden**, wegen der ehelichen Wirtschafts-/Lebensgemeinschaft **dem die Haushaltsführung begründenden Ehegatten als eigene Werbungskosten zuzurechnen**. Wegen der Lebens-/Wirtschaftsgemeinschaft sind die Grundsätze zur Kostentragung **und zum Dritt-aufwand hier nicht anwendbar**.

Hintergrund zur doppelten Haushaltsführung

Eine **doppelte Haushaltsführung** liegt vor, wenn der Steuerpflichtige außerhalb des Orts, an dem er einen eigenen Hausstand unterhält, beruflich tätig ist und auch **am Ort der beruflichen Tätigkeit wohnt**.

Als **Werbungskosten** abziehbar sind die notwendigen Mehraufwendungen. Dies sind vor allem:

- Kosten der **Zweitwohnung** (Miete, Betriebskosten etc. bis maximal 1.000 EUR im Monat),
- Kosten für **Familienheimfahrten** (begünstigt ist eine Fahrt pro Woche vom Beschäftigungsort zur Erstwohnung),
- **Verpflegungsmehraufwand** (Pauschalen für die ersten drei Monate nach Bezug der Zweitwohnung).

Empfehlung für die Praxis

Da gegen die Entscheidung des Finanzgerichts Nürnberg die **Revision anhängig** ist, steht noch nicht fest, ob man sich auf dieses günstige Urteil verlassen kann. Zur Sicherheit sollten **die Kosten daher durch den die doppelte Haushaltsführung begründenden Ehegatten beglichen werden**.

Kinderbetreuungskosten getrennter Eltern: Das Bundesverfassungsgericht ist gefragt

Wenn sich Eltern trennen und die **Kosten für die Kinderbetreuung** fortan teilen, ist bisher eine Voraussetzung für den **Sonderausgabenabzug der Kinderbetreuungskosten**, dass **das Kind zum Haushalt des Elternteils** gehört hat. Dagegen klagt nun ein Steuerpflichtiger **vor dem Bundesverfassungsgericht**.

Hintergrund: Betreuen Eltern ihre Kinder nicht nur selbst, sondern beauftragen damit auch weitere Personen, können **die Aufwendungen als Kinderbetreuungskosten** geltend gemacht werden. Damit das Finanzamt die Kosten anerkennt, müssen **folgende Voraussetzungen** erfüllt werden (§ 10 Abs. 1 Nr. 5 Einkommensteuergesetz (EStG)):

1. Es muss sich **um Dienstleistungen zur Betreuung** handeln.
2. Das Kind muss **zum Haushalt** gehören.
3. Das Kind darf **das 14. Lebensjahr** noch nicht vollendet haben.
4. **Die Rechnung** muss unbar bezahlt werden.

Liegen die Voraussetzungen vor, können **die Kosten zu 2/3 und mit maximal 4.000 EUR pro Jahr** als Sonderausgaben abgesetzt werden.

Bei **getrennt lebenden Eltern scheidet der Abzug oft an der Nr. 2**. Das heißt: Es ist **nur der Elternteil** zum Abzug der Kosten berechtigt, **zu dessen Haushalt das Kind gehört**. Gegen diese Vorschrift hatte sich ein Vater vor dem Bundesfinanzhof gewehrt und verloren – jetzt geht er einen Schritt weiter und **hat Verfassungsbeschwerde eingelegt**.

Geschenke

ein Dauerthema in der Betriebsprüfung. Geschenke an Geschäftspartner und Mitarbeiter

Weihnachten ist Geschenke-Zeit. Was liegt also näher als auch Geschäftspartnern, Geschäftsfreunde, Kunden und Mitarbeitern das eine oder andere Geschenk machen zu wollen. Dabei stellt sich trotz aller Freude am schenken die Frage ob und inwiefern sich derartige von der Steuer absetzen lassen. Dabei gibt es große Unterschiede. Ob und wie diese abzugsfähig sind, hängt vorrangig damit zusammen, für wen diese bestimmt sind. Es gibt für jede Art der Aufmerksamkeit gewis-

se Freigrenzen, die nicht überschritten werden sollten, damit die Buchhaltung sie noch als Betriebsausgaben bei den Steuern angeben kann.

Geschenke und Aufmerksamkeiten für Geschäftspartner

Bei Geschenken für Geschäftspartner muß man folgendes beachten: Wichtig ist, dass keinerlei Gegenleistung des Beschenkten über das normale Verhältnis hinaus in Bezugnahme auf das Geschenk vorliegen darf. Das heißt zum Beispiel dass ein Geschäftspartner durchaus ein Geschenk annehmen darf, darüber hinaus aber keinerlei Gegenleistung (z.B. einen Preisnachlaß), die über das normale Maß der bisherigen Gepflogenheiten hinausgehen, einräumen darf. Für Lieferanten oder ähnliche Geschäftspartner gilt das gleiche.

Außerdem muss diese Art der Aufmerksamkeiten immer einen betrieblichen Hintergrund haben. Ein solcher betrieblicher Hintergrund wäre zum Beispiel der Geburtstag des Geschäftspartners, das Firmenjubiläum des Geschäftspartners oder ein ähnlich gelagertes Ereignis. Auch für diese Art der Aufmerksamkeiten gibt es eine Freigrenze. Diese liegt in diesem Fall bei 35 € pro beschenkter Person pro Jahr, wobei es sich hier um einen Nettobetrag handelt (= also € 35,00 netto ohne USt). Diese Grenze darf im Gegensatz zu Freibeträgen auf keinen Fall überschritten werden, da sonst der gesamte Betrag nicht abgesetzt werden kann, d.h also in der Summe darf einem Geschäftspartner im Jahr nicht mehr als netto €35,00 zugewendet werden, wobei die Zuwendung auch aus einem Warengutschein bestehen kann.

Aufmerksamkeiten für Kunden

Im Gegensatz zu Werbemitteln, wie Anzeigen in Zeitungen oder im Internet oder andere mögliche Werbung unterliegen Werbegeschenke gewissen Einschränkungen. Im Normalfall beschränkt sich die Absetzbarkeit von Werbegeschenken nur auf den Netto-Kaufpreis des entsprechenden Artikels, sowie auf die Umverpackung und den Werbe Aufdruck. Bei höherwertigen Geschenken für die Kunden wird im Einzelfall sogar verlangt, dass die Namen der Kunden komplett aufgelistet werden. Diese Maßnahme greift vor allem bei höherwertigen Geschenken für besonders treue Kunden, die zum Teil nicht direkt im Geschäft sondern nach Hause zugestellt werden. Die Verpflichtung des Auflistens der Namen entfällt allerdings für die üblichen so genannten **Streuartikel, wie zum Beispiel Feuerzeuge, Kugelschreiber, Kalender, Schlüsselanhängern, Textmarker oder andere Artikel dieser Art.**

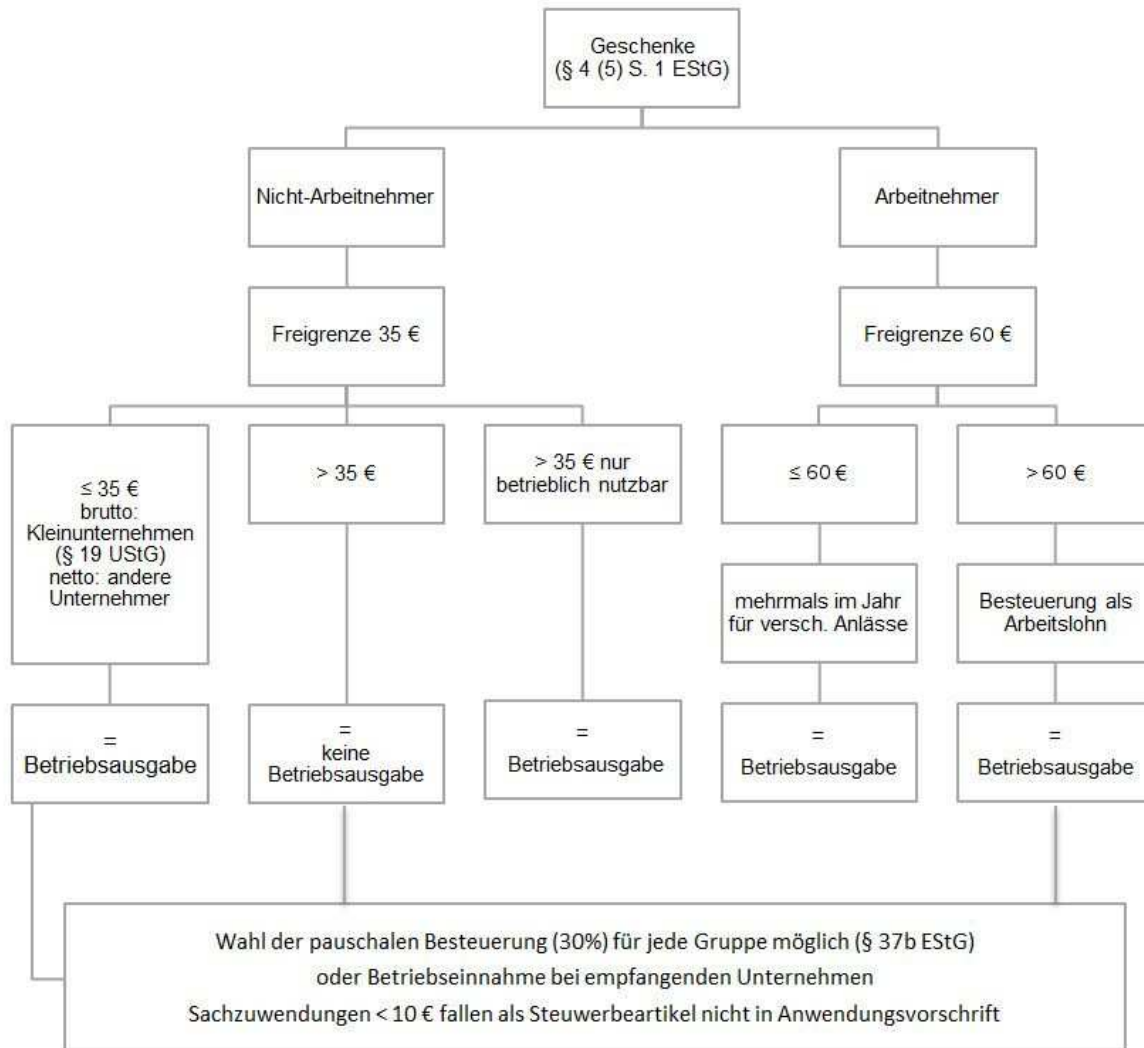
Diese Regelungen sollen verhindern, dass man völlig überteuerte oder zu hochwertige Geschenke als Betriebsausgabe buchen kann. Wer also Geschenke absetzen möchte, sollte darauf achten dass diese im angemessenen Rahmen bleiben. Trotzdem stellen Werbegeschenke oder Gaben für Kunden einen nicht unerheblichen Teil der Ausgaben einzelner Betriebe dar. Deswegen ist es sehr wichtig auf die vorgenannten Regelungen zu achten, damit diese Ausgaben komplett im Rahmen der vorgegebenen Richtlinien als Betriebsausgaben deklariert werden können. Diese sind somit auch steuerlich abzugsfähig und werden als Gewinn mindernd anerkannt.

Wichtig für die Abzugsfähigkeit all dieser Geschenke, Aufmerksamkeiten und Zuwendungen ist, dass diese Beträge, entweder auf einem gesonderten Konto oder aber in einer eigenen Spalte oder auch Aufstellung einzeln erfasst werden. Eine nachträgliche Umbuchung über das gesonderte Konto oder auf eine nachträglich angelegte Spalte oder Aufstellung reichen in diesem Fall nicht aus. Wer versucht eine nachträgliche Umbuchung vorzunehmen, riskiert die Anerkennung aller Beträge.

So werden Geschenke an Arbeitnehmer lohnsteuerlich behandelt

Nicht nur die in Geld gezahlten Vergütungen, auch Sachzuwendungen gehören bekanntlich zum lohnsteuerpflichtigen Arbeitslohn. Geschenke, die Arbeitnehmern als Sachzuwendung gewährt werden, können jedoch unter bestimmten Voraussetzungen steuerfrei bleiben bzw. mit günstigen pauschalen Steuersätzen versteuert werden.

Nachstehend ein Schema, mit dem Sie die Behandlung von Geschenken schnell überschauen können:



Aufmerksamkeiten – Geschenke aus persönlichem Anlass

Als Aufmerksamkeiten werden Sachleistungen des Arbeitgebers bezeichnet, die auch im gesellschaftlichen Verkehr üblicherweise ausgetauscht werden und die zu keiner ins Gewicht fallenden Bereicherung der Arbeitnehmer führen (R 19.6 Abs. 1 LStR). Sie gehören dem Grunde nach nicht zum Arbeitslohn und sind folglich steuerfrei.

Zu den Aufmerksamkeiten gehören alle Sachzuwendungen, die Arbeitnehmer anlässlich eines besonderen persönlichen Anlasses vom Arbeitgeber erhalten und deren Wert einschließlich Umsatzsteuer 60 Euro nicht übersteigt. Das sind zum Beispiel Blumen, ein Buch, eine CD oder eine Flasche Wein. Persönliche Anlässe sind zum Beispiel Geburtstag, Hochzeit, Geburt eines Kindes, aber auch Arbeitnehmer-Jubiläen und Verabschiedungen.

Wichtig:

Begünstigt sind nur Sachzuwendungen. Geldgeschenke müssen immer als Arbeitslohn versteuert werden, auch wenn ihr Wert gering ist.

Beispiel

Anlässlich der Geburt eines Kindes erhält ein Arbeitnehmer vom Arbeitgeber ein mit Münzen gefülltes Sparschwein.

Ergebnis: Das Sparschwein selbst gehört als Sachzuwendung nicht zum Arbeitslohn, wenn der Wert 60 Euro nicht übersteigt (Aufmerksamkeit). Der Inhalt/das Bargeld muss jedoch als Arbeitslohn versteuert werden.

Wichtig:

Bei der 60-Euro-Grenze handelt es sich um eine Freigrenze. Wird diese überschritten, gehört der Gesamtbetrag zum Arbeitslohn, nicht nur der 60 Euro übersteigende Betrag. Die Freigrenze gilt übrigens je Anlass.

Beispiel

Zur Hochzeit erhält eine Arbeitnehmerin vom Arbeitgeber eine Vase im Wert von 70 Euro. Im gleichen Monat erhält sie anlässlich ihres Geburtstags einen Blumenstrauß im Wert von 35 Euro. Ergebnis: Da für die Vase als Hochzeitsgeschenk die 60-Euro-Grenze überschritten ist, muss der gesamte Wert der Vase als Arbeitslohn versteuert werden. Der Blumenstrauß von 35 Euro aus Anlass des Geburtstags gehört jedoch als Aufmerksamkeit nicht zum Arbeitslohn.

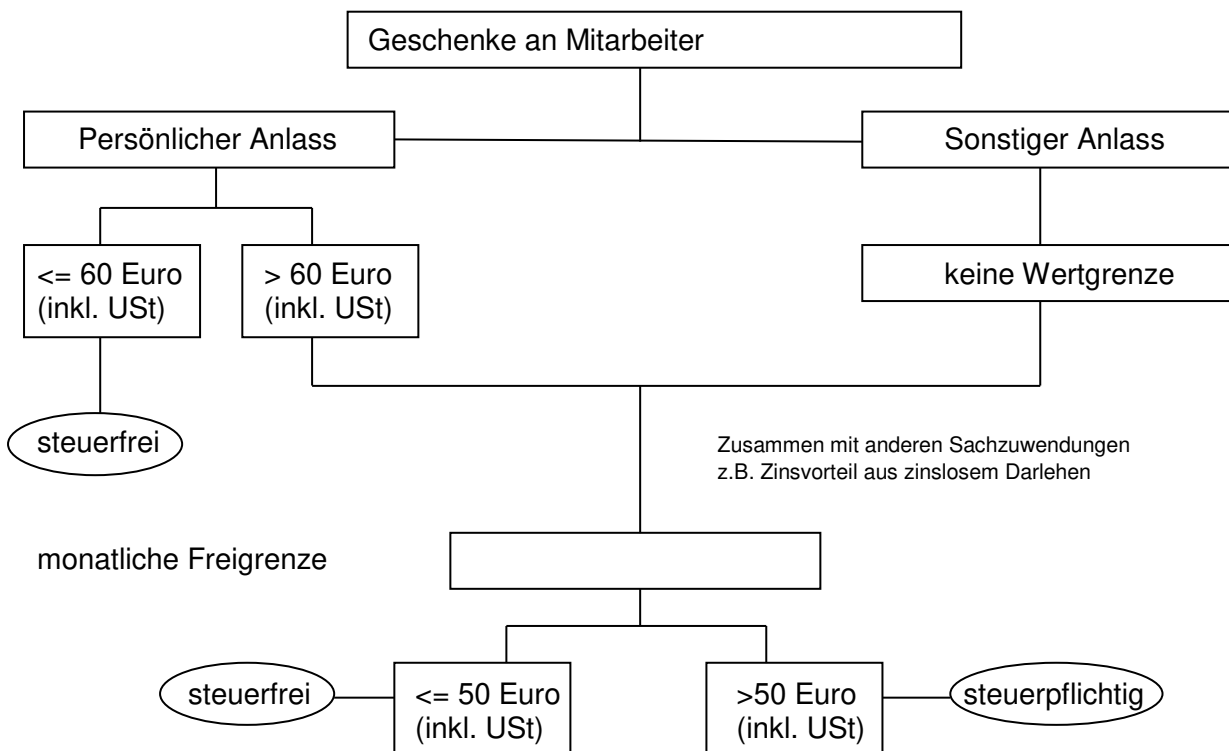
Belohnungsgeschenke – Geschenke zu sonstigen Anlässen

Sachgeschenke, die an Arbeitnehmer gegeben werden und die keinen persönlichen Anlass haben, gehören grundsätzlich zum steuerpflichtigen Arbeitslohn. Dies gilt zum Beispiel für Weihnachtsgeschenke. Solche Sachzuwendungen können aber steuerfrei bleiben, wenn sie die monatliche Sachbezugsfreigrenze von 50 Euro nicht überschreiten (§ 8 Abs. 2 Satz 9 EStG).

Beispiel

Für die spontane Unterstützung beim Abschluss eines Projekts erhält eine Arbeitnehmerin am nächsten Tag als Dankeschön vom Arbeitgeber einen Blumenstrauß im Wert von 35 Euro. Andere Sachzuwendungen erhält sie in dem Monat nicht. Ergebnis: Da die Blumen nicht anlässlich eines besonderen persönlichen Ereignisses überreicht werden, gehören sie grundsätzlich zum steuerpflichtigen Arbeitslohn. Da die monatliche Sachbezugsfreigrenze von 50 Euro eingehalten ist, kann die Versteuerung unterbleiben.

Prüfschema Besteuerung von Geschenken



Auch Gutscheine mit aufgedrucktem Euro-Betrag können als Sachzuwendung behandelt werden, wenn der Arbeitnehmer keinen Anspruch hat, anstelle des Gutscheins einen Betrag in Geld zu verlangen. Die Frage, ob Bar-lohn oder Sachbezug vorliegt, ist nach der BFH-Rechtsprechung danach zu entscheiden, was der Arbeitnehmer vom Arbeitgeber beanspruchen kann, und nicht, wie der Arbeitgeber den Anspruch erfüllt (H 8.1. Abs. 1 bis 4 „Geldleistung oder Sachbezug“). Kann der Arbeitnehmer nur die Sache verlangen, liegt stets Sachbezug vor. Hat er ein Wahlrecht, liegt eine Geldzuwendung vor.

Beispiel

Zum Geburtstag erhalten alle Arbeitnehmer einen Gutschein im Wert von 25 Euro, die in einem Buchladen eingelöst werden können. Die Arbeitnehmer haben keinen Anspruch auf einen entsprechenden Geldbetrag.

Ergebnis: Die Gutscheine werden als Sachzuwendung behandelt. Sie führen als Aufmerksamkeit nicht zu Arbeitslohn.

Bei Gutscheinen, die bei Dritten einzulösen sind, erfolgt der Zufluss des Arbeitslohns (= Zeitpunkt der Versteuerung) mit Übergabe des Gutscheins an den Arbeitnehmer, weil dieser zu dem Zeitpunkt einen Rechtsanspruch gegenüber dem Dritten erhält. Der Arbeitgeber braucht nicht zu prüfen, zu welchem Zeitpunkt der Arbeitnehmer den Gutschein einlöst (R 38.2 Abs. 3 LStR).

Wertermittlung bei Sachzuwendungen

Zur Ermittlung des als Arbeitslohn zu erfassenden Betrags müssen Sachzuwendungen grundsätzlich mit dem „um übliche Preisnachlässe geminderten üblichen Endpreis am Abgabeort“ bewertet werden (§ 8 Abs. 2 Satz 1 EStG). Zur Vereinfachung kann die Bewertung mit 96 Prozent des Preises erfolgen, zu dem die jeweilige Ware im allgemeinen Geschäftsverkehr angeboten wird (R 8.1 Abs. 2 Satz 9 LStR). Mit dem pauschalen Preisabschlag von 4 Prozent werden die üblicherweise gewährten Preisnachlässe berücksichtigt.

Beachten Sie:

Die Finanzverwaltung lässt die Anwendung dieser „96-Prozent-Regelung“ bei Gutscheinen mit aufgedrucktem Euro-Betrag allerdings nicht zu, da bei Gutscheinen mit Euro-Betrag auf die Gutscheine selbst üblicherweise keine Rabatte gewährt werden.

Pauschalversteuerung von Sachgeschenken

Geschenke, die nach obigen Grundsätzen steuerpflichtig sind, kann der Arbeitgeber statt der Individualversteuerung wie folgt pauschal versteuern.

Pauschalierung nach § 37b EStG

Hat sich der Arbeitgeber für die pauschale Versteuerung von Sachzuwendungen, die Arbeitnehmern zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn gewährt werden, entschieden (§ 37b Abs. 2 EStG), gilt der Pauschalsteuersatz von 30 Prozent auch für die Versteuerung von steuerpflichtigen Geschenken. Bei der Pauschalierung nach § 37b EStG bleiben die Sachzuwendungen allerdings sozialversicherungspflichtig.

Bemessungsgrundlage für die pauschale Steuer sind die Aufwendungen des Arbeitgebers für die Sachzuwendungen einschließlich Umsatzsteuer. Die Bewertung nach der „96-Prozent-Regelung“ ist ausgeschlossen. Sachgeschenke, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten 10 Euro nicht übersteigen, sind als „Streuwerbeartikel“ anzusehen und brauchen nicht versteuert zu werden.

Pauschalierung bei Übereignung von Personalcomputern und Zubehör

Verschenkt der Arbeitgeber einen Personalcomputer oder PC-Zubehör, kann der Arbeitgeber den Vorteil mit einem pauschalen Steuersatz von 25 Prozent versteuern (§ 40 Abs. 2 Nr. 5 EStG). Der Arbeitnehmer wird dann weder mit Steuerabzugsbeträgen noch Sozialabgaben belastet.

Pauschalierung für Geschenke aus Anlass von Betriebsveranstaltungen

Betriebsveranstaltungen gehören nicht zum Arbeitslohn, wenn es sich um übliche Veranstaltungen handelt. Als üblich werden zwei Veranstaltungen im Kalenderjahr anerkannt, bei denen die Aufwendungen des Arbeitgebers 110 Euro einschließlich Umsatzsteuer je Arbeitnehmer nicht übersteigen.

In die 110-Euro-Grenze sind auch Geschenke bis zu einem Wert von 60 Euro einschließlich Umsatzsteuer einzubeziehen, die aus Anlass von Betriebsveranstaltungen gewährt werden. Als üblich wird auch die nachträgliche Überreichung der Geschenke bis 60 Euro an solche Arbeitnehmer angesehen, die aus betrieblichen oder persönlichen Gründen nicht an der Betriebsveranstaltung teilnehmen konnten; das gilt aber nicht für eine deswegen gewährte Barzuwendung (R 19.5 Abs. 4 Nr. 4 LStR).

Übersteigt der Wert der Geschenke die 60-Euro-Grenze, sind sie zwar nicht in die Prüfung der 110-Euro-Grenze einzubeziehen. Sie können aber mit dem Pauschalsteuersatz für Betriebsveranstaltungen von 25 Prozent versteuert werden und bleiben dann in der Sozialversicherung beitragsfrei. Diese günstige Versteuerung kann allerdings nur für Geschenke angewendet werden, die den Rahmen und das Programm der Betriebsveranstaltung betreffen, zum Beispiel eine Tombola. Geschenke, die nur bei Gelegenheit einer Betriebsveranstaltung überreicht werden, sind individuell oder nach § 37b Abs. 2 EStG zu versteuern.

Beispiel

Auf der Weihnachtsfeier, die für das gesamte Unternehmen durchgeführt wird, wird dem besten Vertriebsmitarbeiter ein Gutschein im Wert von 200 Euro überreicht. Es wird auch eine Tombola veranstaltet, für die alle Arbeitnehmer unentgeltlich ein Los erhalten und bei der neben kleineren Gewinnen bis 60 Euro inklusive Umsatzsteuer als Hauptpreis ein Fahrrad im Wert von 800 Euro verlost wird.

Ergebnis: Der Gutschein an den Vertriebsmitarbeiter wird nur bei Gelegenheit der Betriebsveranstaltung überreicht. Er gehört daher nicht zu den Zuwendungen bei Betriebsveranstaltungen und ist individuell zu versteuern. Die Sachpreise bei der Tombola bis 60 Euro sind in die 110-Euro-Grenze einzubeziehen. Das Fahrrad ist wegen Überschreitens der 60-Euro-Grenze nicht in die 110-Euro-Grenze einzubeziehen, kann aber mit 25 Prozent pauschal versteuert werden.

Vermieter

Vorfälligkeitsentschädigung als Werbungskosten: Diese Spielregeln sind einzuhalten!

Zu den **Werbungskosten** zählt auch die zur vorzeitigen Ablösung eines Darlehens gezahlte **Vorfälligkeitsentschädigung**, soweit die Schuldzinsen **mit den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung** in wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Dieser Zusammenhang besteht, wenn **be-**

reits im Zeitpunkt der Veräußerung eines Grundstücks anhand objektiver Umstände der endgültige Entschluss feststellbar ist, mit dem nach der vorzeitigen Darlehensablösung **verbleibenden Verkaufserlös** wiederum konkret bestimmtes Grundvermögen mit dem Ziel anzuschaffen, hieraus **Vermietungseinkünfte zu erzielen**. Dies hat das Finanzgericht Köln entschieden.

Nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs ergibt sich ein **wirtschaftlicher Zusammenhang** mit den Vermietungseinkünften **aus einem neuen Objekt** allenfalls dann, wenn der Steuerpflichtige **bereits bei der Veräußerung** – z. B. im Kaufvertrag selbst oder zumindest beim Abschluss des Kaufvertrags – im Vorhinein so **unwiderruflich über den verbleibenden Restkaufpreis verfügt**, dass er ihn **unmittelbar zum Erzielen von Vermietungseinkünften mit einem bestimmten Objekt festlegt**.

Beachten Sie: Verbleibende **Zweifel gehen zulasten des Steuerpflichtigen**. Denn er trägt die Feststellungslast für die den Steueranspruch mindernden Tatsachen.

Infolge dieser restriktiven Rechtsprechung kam **im Streitfall** des Finanzgerichts Köln **kein Werbungskostenabzug** in Betracht. Denn der Steuerpflichtige hatte den überschießenden Verkaufserlös (also Verkaufspreis abzüglich abzulösendes Darlehen) zunächst selbst vereinnahmt und dann zur Teilrückführung einzelner Darlehen verwendet.

Kapitalanleger

Investmentfonds: Vorabpauschalen sind wieder relevant

Der **Anleger eines Investmentfonds** hat als Investmentertrag u. a. **die Vorabpauschale** nach § 18 des Investmentsteuergesetzes (InvStG) **zu versteuern**. Geregelt ist dies in § 16 Abs. 1 Nr. 2 InvStG. Das Bundesfinanzministerium hat nun **den Basiszins zur Berechnung der Vorabpauschale 2024** veröffentlicht.

Hintergrund

Nach § 16 Abs. 1 InvStG sind **Erträge aus Investmentfonds (Investmenterträge)**

- Ausschüttungen des Investmentfonds,
- Vorabpauschalen und
- Gewinne aus der Veräußerung von Investmentanteilen.

Die Vorabpauschale ist der Betrag, um den die Ausschüttungen eines Investmentfonds innerhalb eines Kalenderjahrs **den Basisertrag** für dieses Kalenderjahr unterschreiten. **Die Vorabpauschale** gilt nach § 18 Abs. 3 InvStG beim Anleger **am ersten Werktag des folgenden Kalenderjahres als zugeflossen**.

Der **Basiszins** ist aus der langfristig erzielbaren Rendite öffentlicher Anleihen abzuleiten. Dabei ist auf den Zinssatz abzustellen, den die Deutsche Bundesbank anhand der Zinsstrukturdaten jeweils auf den ersten Börsentag des Jahres errechnet. Das Bundesfinanzministerium muss den maßgebenden Zinssatz im Bundessteuerblatt veröffentlichen. **Der Basiszins zur Berechnung der Vorabpauschale 2024 beträgt 2,29 %**.

Ob es infolge der Vorabpauschale tatsächlich zu einer Steuerbelastung kommt, hängt von mehreren Faktoren ab. Beispielsweise ist **ein erteilter Freistellungsauftrag für Kapitalerträge** (maximal 1.000 EUR; bei Zusammenveranlagung von Ehegatten: 2.000 EUR) zu berücksichtigen.

Eine Steuerbelastung setzt ferner voraus, dass **der Basiszins positiv** ist. Aufgrund **des negativen Basiszinses für 2021 und für 2022** wurde insoweit auch **keine Vorabpauschale** erhoben.

Beachten Sie: Der ermittelte Basiszins zur Berechnung der **Vorabpauschale 2023 beträgt 2,55 %**. Eine etwaige steuerliche Belastung erfolgte zum Jahresbeginn 2024.

Freiberufler und Gewerbetreibende

Meldepflichten digitaler Plattformbetreiber: Meldefrist bis 31.3.2024 verlängert

Mit dem **Plattformen-Steuertransparenzgesetz** vom 20.12.2022 wurde u. a. eine Meldepflicht für **Betreiber digitaler Plattformen** eingeführt. Die Frist für den ersten Meldezeitraum wurde nun durch das Bundeszentralamt für Steuern **durch eine Nichtbeanstandungsregelung verlängert**.

Die Plattformbetreiber sind u. a. verpflichtet, **erforderliche Informationen von Anbietern** zu beschaffen, eine Plausibilitätsprüfung durchzuführen und **die Information an das Bundeszentralamt für Steuern zu melden**.

Merke: Die Nichterfüllung der Vorschriften ist bußgeldbewehrt.

Die Meldepflichten greifen erstmals für den Meldezeitraum, **der dem Kalenderjahr 2023** entspricht. Grundsätzlich endete die Frist für die erstmalige Meldepflicht **am 31.1.2024**. Das Bundeszentralamt

für Steuern hat nun aber mitgeteilt, dass es **nicht beanstandet wird, wenn die Meldung erst bis zum 31.3.2024 erfolgt.**

Beachten Sie: Weitere Informationen erhalten Sie u. a. unter www.iww.de/s10169.

Gesellschafter und Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften

Jahresabschluss: Anhebung der Schwellenwerte für die Bestimmung der Größenklassen

Frohe Kunde gibt es für viele Kapitalgesellschaften. Denn **die monetären Schwellenwerte „Umsatzerlöse“ und „Bilanzsumme“** sollen erhöht werden. Die Anhebung der Schwellenwerte wird für die begünstigten (oft kleinen) Unternehmen **mit einer Neueinstufung in eine niedrigere Größenklasse** und damit **einer Reduzierung von Berichtspflichten** einhergehen. Sofern gewünscht, können die neuen Werte bereits für **den Jahresabschluss 2023** genutzt werden.

Hintergrund

Die beabsichtigte Schwellenwertanhebung dient der Umsetzung von EU-Vorgaben, die eine Anhebung **der monetären Schwellenwerte um rund 25 %** vorsehen und es den Mitgliedstaaten ermöglichen, die Schwellenwertanhebung **bereits für das Geschäftsjahr bzw. den Jahresabschluss 2023** zu nutzen.

Die Bundesregierung möchte von den Spielräumen, die die Richtlinie dem nationalen Gesetzgeber bietet, **in größtmöglichem Umfang Gebrauch machen**. Nach den Informationen der Bundesregierung werden von der Anhebung der Schwellenwerte in den §§ 267, 267a des Handelsgesetzbuchs (HGB) rund 52.000 Unternehmen (Kapitalgesellschaften, haftungsbeschränkte Personenhandelsgesellschaften und Genossenschaften) profitieren.

Merke: Die Eingruppierung in eine niedrigere Größenklasse hat u. a. den Vorteil, dass die Berichtspflichten reduziert werden. Beispielsweise müssen mittelgroße Kapitalgesellschaften einen Lagebericht (§ 289 HGB) aufstellen; kleine Gesellschaften sind davon befreit. Zudem gibt es bei der Erstellung des Anhangs für kleine und mittelgroße Gesellschaften viele größenabhängige Erleichterungen (§ 288 HGB). Kleine Gesellschaften sind zur Durchführung einer Jahresabschlussprüfung durch einen Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet (nur freiwillige Prüfung).

Beabsichtigte Neuregelung

Die aktuellen und die geplanten Schwellenwerte sind **in der folgenden Übersicht** zusammengestellt. Anhebungen erfolgen nur **für die monetären Schwellenwerte „Bilanzsumme“ und „Umsatzerlöse“**. Bei der Zahl der Mitarbeiter soll es keine Anpassungen geben:

Größenmerkmale (§§ 267, 267a HGB) mit Ausnahme der Arbeitnehmer in EUR		
	aktuell	geplant
Kleinstkapitalgesellschaft		
a) Bilanzsumme	≤ 350.000	≤ 450.000
b) Umsatzerlöse	≤ 700.000	≤ 900.000
c) Arbeitnehmer	≤ 10	≤ 10
kleine GmbH		
a) Bilanzsumme	≤ 6.000.000	≤ 7.500.000
b) Umsatzerlöse	≤ 12.000.000	≤ 15.000.000
c) Arbeitnehmer	≤ 50	≤ 50
mittelgroße GmbH		
a) Bilanzsumme	≤ 20.000.000	≤ 25.000.000
b) Umsatzerlöse	≤ 40.000.000	≤ 50.000.000
c) Arbeitnehmer	≤ 250	≤ 250
große GmbH		
a) Bilanzsumme	> 20.000.000	> 25.000.000
b) Umsatzerlöse	> 40.000.000	> 50.000.000
c) Arbeitnehmer	> 250	> 250

Beachten Sie: Bei einer Neueinstufung ist zu beachten, dass **mindestens zwei der drei Merkmale an zwei aufeinander folgenden Bilanzstichtagen** über- oder unterschritten werden müssen.

Die neuen Schwellenwerte sollen für nach dem 31.12.2023 beginnende Geschäftsjahre gelten. Es besteht aber **ein Wahlrecht**, die neuen Werte **bereits für das Geschäftsjahr 2023 zu nutzen**.

Merke: Macht ein Unternehmen von dem Wahlrecht Gebrauch, ist, außer in den Fällen des § 267 Abs. 4 S. 2 HGB (Besonderheiten bei Umwandlung oder Neugründung), bei der Einstufung stets auf zwei aufeinander folgende Geschäftsjahre abzustellen. Eine Gesellschaft wäre somit zum Abschlussstichtag 31.12.2023 auch dann als mittelgroß anzusehen, wenn sie zu diesem Stichtag und zum 31.12.2022 oder zum 31.12.2022 und zum 31.12.2021 zwei der drei Merkmale in der neuen Fassung (Bilanzsumme 25.000.000 EUR, Umsatzerlöse 50.000.000 EUR, 250 Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt) nicht überschritten hat.

Arbeitgeber

Überlassung von Fahrradzubehör kann steuerfrei sein

Überlässt ein Arbeitgeber seinem Beschäftigten **zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn ein (Elektro-)Fahrrad zur Privatnutzung**, ist dieser geldwerte Vorteil grundsätzlich nach § 3 Nr. 37 Einkommensteuergesetz **steuerfrei**. Die Oberfinanzdirektion Frankfurt hat nun darauf hingewiesen, was gilt, wenn auch Fahrradzubehör überlassen wird.

Beispiele für begünstigtes Zubehör

- Fest am Rahmen des Fahrrads oder anderen Fahrradteilen verbaute Zubehörteile wie z. B. Fahrradständer, Gepäckträger, Schutzbleche, Klingel, Rückspiegel, Schlösser, Navigationsgeräte,
- andere angebaute Träger oder
- modellspezifische Halterungen.

Liegt demgegenüber **nicht begünstigtes Fahrradzubehör** vor, ist **der geldwerte Vorteil** aus der Überlassung **steuerpflichtig**. Die Oberfinanzdirektion nennt hierfür folgende Beispiele:

Beispiele für nicht begünstigtes Zubehör

- Fahrerausrüstung (z. B. Helm und Kleidung),
- in modellspezifische Halterungen einsetzbare Geräte (z. B. Smartphone, mobiles Navigationsgerät) oder
- Gegenstände (z. B. Fahrradanhänger, Lenker-, Rahmen- oder Satteltaschen oder Fahrradkorb).

Lohnsteuerabzugsverfahren: Vorsorgepauschale an Beitragssätze angepasst

Um zumindest die unstrittigen Änderungen noch im Jahr 2023 verabschieden zu können, wurde **das Kreditweitzmarktförderungsgesetz** auf Bereiche erweitert, die bis dahin Teil des Wachstumchancengesetzes (hier wurde bis dato immer noch keine Einigung erzielt) waren. So wurde auch **die Vorsorgepauschale im Lohnsteuerabzugsverfahren** angepasst.

Hintergrund

Über **die Vorsorgepauschale** (§ 39b Abs. 2 S. 5 Einkommensteuergesetz (EStG)) werden **im Lohnsteuerabzugsverfahren** verschiedene Vorsorgeaufwendungen lohnsteuermindernd berücksichtigt. Damit wirkt sich bei Arbeitnehmern **ein möglicher Sonderausgabenabzug von Vorsorgeaufwendungen bereits unterjährig steuermindernd aus**.

Beachten Sie: Bei Arbeitnehmern, die in der **inländischen sozialen Pflegeversicherung** versichert sind, wird hier auch **ein Teilbetrag für die soziale Pflegeversicherung** angesetzt (§ 39b Abs. 2 S. 5 Nr. 3 Buchstabe c EStG).

Mit dem Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz vom 19.6.2023 wurde § 55 Abs. 3 Sozialgesetzbuch (SGB) XI dahin gehend ergänzt, dass sich **der Beitragssatz zur sozialen Pflegeversicherung** für jedes zu berücksichtigende Kind **ab dem zweiten Kind bis zum fünften Kind um jeweils einen Abschlag i. H. von 0,25 Beitragssatzpunkten reduziert**.

Als Folgeänderung wurde § 39b Abs. 2 S. 5 Nr. 3 Buchstabe c EStG an die Regelungen in § 55 Abs. 3 SGB XI angepasst. Damit wird **bei der Lohnsteuerberechnung die Reduzierung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung berücksichtigt**.

Die Änderungen sind **am 1.1.2024 in Kraft getreten**. Sie sind erstmals anzuwenden auf laufenden Arbeitslohn, der für einen nach dem 31.12.2023 endenden Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird und auf sonstige Bezüge, die nach dem 31.12.2023 zufließen.

Geringfügigkeits-Richtlinien wurden aktualisiert

Die **Geringfügigkeits-Richtlinien** bilden die Grundlage für alle Regelungen, die Arbeitgeber rund um Minijobs zu beachten haben. Nicht zuletzt wegen **der Erhöhung der Minijob-Grenze** ab 2024 (von 520 EUR auf 538 EUR) wurden die Richtlinien von den Spitzenorganisationen der Sozialversicherung aktualisiert.

Die Geringfügigkeits-Richtlinien enthalten alle Regelungen, die **wegen der gesetzlichen Vorgaben für Minijobs** zu beachten sind. Arbeitgeber finden hier Informationen zu den zwei Arten von

Minijobs, deren versicherungsrechtlicher Beurteilung, den verschiedenen Meldungen und zu den Abgaben, die zu leisten sind.

Abschließende Hinweise

Verzugszinsen

Für die Berechnung der Verzugszinsen ist der Basiszinssatz nach § 247 BGB anzuwenden. Die Höhe wird jeweils zum 1.1. und 1.7. eines Jahres neu bestimmt.

Der **Basiszinssatz** für die Zeit vom 1.1.2024 bis zum 30.6.2024 beträgt **3,62 Prozent**.

Damit ergeben sich folgende Verzugszinsen:

- für **Verbraucher** (§ 288 Abs. 1 BGB): **8,62 Prozent**
- für den **unternehmerischen Geschäftsverkehr** (§ 288 Abs. 2 BGB): **12,62 Prozent***

* für Schuldverhältnisse, die vor dem 29.7.2014 entstanden sind: 11,62 Prozent.

Die für die Berechnung der Verzugszinsen anzuwendenden Basiszinssätze betragen in der Vergangenheit:

Berechnung der Verzugszinsen	
Zeitraum	Zins
vom 1.7.2023 bis 31.12.2023	3,12 Prozent
vom 1.1.2023 bis 30.6.2023	1,62 Prozent
vom 1.7.2022 bis 31.12.2022	-0,88 Prozent
vom 1.1.2022 bis 30.6.2022	-0,88 Prozent
vom 1.7.2021 bis 31.12.2021	-0,88 Prozent
vom 1.1.2021 bis 30.6.2021	-0,88 Prozent
vom 1.7.2020 bis 31.12.2020	-0,88 Prozent
vom 1.1.2020 bis 30.6.2020	-0,88 Prozent
vom 1.7.2019 bis 31.12.2019	-0,88 Prozent
vom 1.1.2019 bis 30.6.2019	-0,88 Prozent
vom 1.7.2018 bis 31.12.2018	-0,88 Prozent
vom 1.1.2018 bis 30.6.2018	-0,88 Prozent

Steuern und Beiträge Sozialversicherung: Fälligkeitstermine in 03/2024

Im Monat März 2024 sollten Sie insbesondere folgende Fälligkeitstermine beachten:

Steuertermine (Fälligkeit):

- **Umsatzsteuer** (Monatszahler): 11.3.2024
- **Lohnsteuer** (Monatszahler): 11.3.2024
- **Einkommensteuer** (vierteljährlich): 11.3.2024
- **Kirchensteuer** (vierteljährlich): 11.3.2024
- **Körperschaftsteuer** (vierteljährlich): 11.3.2024

Bei einer **Scheckzahlung** muss der Scheck dem Finanzamt spätestens drei Tage vor dem Fälligkeitstermin vorliegen.

Beachten Sie: Die für alle Steuern geltende dreitägige Zahlungsschonfrist bei einer verspäteten Zahlung durch Überweisung endet am 14.3.2024. Es wird an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass diese Zahlungsschonfrist ausdrücklich nicht für Zahlung per Scheck gilt.

Beiträge Sozialversicherung (Fälligkeit):

Sozialversicherungsbeiträge sind spätestens am drittletzten Bankarbeitstag des laufenden Monats fällig, für den **Beitragsmonat März 2024 am 26.3.2024**.



Haftungsausschluss

Der Inhalt des Rundschreibens ist nach bestem Wissen und Kenntnisstand erstellt worden. Die Komplexität und der ständige Wandel der Rechtsmaterie machen es notwendig, Haftung und Gewähr auszuschließen. Das Rundschreiben ersetzt nicht die individuelle persönliche Beratung.